

Die koalitionspolitische Seismografen-Funktion des Bundespräsidenten und die Wiederwahl von Frank-Walter Steinmeier

Knut Bergmann

Ein Thema, das in der Geschichte der Bundesrepublik wiederholt auf die Koalitionsbildung wie auf das Verhältnis innerhalb von Koalitionen einwirkte, ist die Wahl des Bundespräsidenten. Spätestens seit dem etwas plakativen »Stück Machtwechsel«, als das Gustav Heinemann seine Wahl am 5. März 1969 zum ersten sozialdemokratischen Staatsoberhaupt der Bundesrepublik bezeichnete, gilt sie weithin als koalitionspolitischer Seismograf. Zudem ist sie politisch wie gesellschaftlich »von großer atmosphärischer Bedeutung« (Baring 1982, S. 27). Wie es sich damit bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 und der viereinhalb Monate später folgenden 17. Bundesversammlung am 13. Februar 2022 verhielt, ist umso interessanter, weil dieser nationale Urnengang – lässt man die üblichen Ausschlussklauseln gegenüber der AfD und der Absage von Union und FDP an die Linke außen vor – in vollkommener koalitionspolitischer Offenheit stattfand. Insgesamt hat die Neigung der politischen Akteure sich festzulegen, im Vergleich zur Bonner und frühen Berliner Republik abgenommen (Grotz und Schroeder, S. 160ff.; Jesse 2018, S. 253ff.). Wo früher Monokoalitionismus herrschte – die Grünen konnten allein mit Sozialdemokraten koalieren, die Union außer dem damaligen Sonderfall Große Koalition nur mit der FDP zusammengehen – mutet die neue Vielfalt nun wie eine Patchwork-Parteifamilie an.

1. Koalitionspolitischer Seismograf seit 1949

Die Funktion der Bundespräsidentenwahlen als politischem »Lackmuspapier« (Baring 1982, S. 27) reicht bis zum Gründungsmoment der Republik bzw. der ersten Bonner Regierungsbildung 1949 zurück. Denn schon die Wahl von Theodor Heuss zum ersten Staatsoberhaupt am 12. September 1949 resultierte aus der Grundsatzentscheidung zugunsten einer kleinen Koalition der Union mit der FDP unter Einschluss der Deutschen Partei. Union und Freidemokraten hatten vorab vereinbart, dass Konrad Adenauer Bundeskanzler und der Liberale Heuss Bundespräsident werden sollten (Oppel-land 2001, S. 555; Schwarz 1981, S. 32ff.).

Ähnlich handelte es sich 1964, als die SPD die Wiederwahl des Christdemokraten Heinrich Lübke unterstützte und auf einen eigenen Kandidaten verzichtet hatte, um eine von Herbert Wehner orchestrierte Vorleistung der Großen Koalition. Lübke galt als Befürworter dieses Bündnisses, das dann 1966 Wirklichkeit wurde (Hildebrand 1984, S. 136ff.; Wrede-Bouvier 1990, S. 283; Leugers-Scherzberg 2002, S. 308ff.). Am Ende dieser ersten GroKo stand dann das erste sozial-liberale Bündnis, dem die Wahl Gustav Heinemanns zum Bundespräsidenten etwas mehr als ein halbes Jahr vor der Bundestagswahl 1969 vorausgegangen war. Die Stimmen der FDP hatte deren neuer Parteivorsitzender Walter Scheel besorgt; dass die SPD mit einem eigenen Bewerber antreten werde, hatte der Parteivorsitzende Willy Brandt seinem Koalitionspartner im Bund, der Union, schon 1967 schriftlich angekündigt. Heinemann selbst hatte drei Tage nach seiner Wahl in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung kundgetan, dass »sich jetzt ein Stück Machtwechsel vollzogen« habe (ausführlich zur Vorgeschichte wie der Wahl selbst: Baring 1982, S. 42ff., 120ff.).

Die reibungslose Wahl Walter Scheels 1974 lässt sich als eine Art inhärente Bestätigung der sozialliberalen Koalition unter Helmut Schmidt verstehen. Der Hanseat wurde einen Tag nach der 6. Bundesversammlung vom 15. Mai als Nachfolger des zurückgetretenen Willy Brandt vom Deutschen Bundestag zum neuen Bundeskanzler gewählt. Nach der Erklärung Heinemanns, keine zweite Präsidentschaft anzustreben, wurde die Frage, ob Stimmen aus der CDU/CSU-Opposition für Scheel ein »Signal für eine bevorstehende Scheidung der Bündnispartner« (Zundel 1973) sein könnten, verneint. Schließlich konnte sich der damalige Außenminister der Stimmen beider Koalitionsparteien gewiss sein, während bei der Wahl zuvor allein die

»Kandidatur schon wie ein Sprengsatz in der damaligen Großen Koalition gewirkt hatte« (Zundel 1973). Letztlich sollte die Union 1974 mit Richard von Weizsäcker sowieso einen eigenen Bewerber nominieren.

Dass Scheel, obwohl in der Bevölkerung beliebt, keine Chance auf eine Wiederwahl hatte und Karl Carstens 1979 im ersten Wahlgang mit den Stimmen der Union, die in der 7. Bundesversammlung über eine absolute Mehrheit verfügte, zu dessen Nachfolger gewählt wurde, entsprach den veränderten Mehrheitsverhältnissen. Diese deuteten jedoch politische Verschleißprozesse in der sozial-liberalen Koalition an. Die Wahl Carstens war somit zumindest mittelbar ein Vorbote der »Wende« vom Oktober 1982, als die Union, dann unter Helmut Kohl, das Kanzleramt in Folge des Koalitionswechsels der FDP zurückerobern konnte. Dementgegen können die beiden klaren Ergebnisse für von Weizsäcker 1984 und, dann ohne Gegenkandidaten, 1989 als innerkoalitionäre Zufriedenheit interpretiert werden.

Bündnispolitisch aufgeladen erwies sich die Bundesversammlung 1994, als die FDP in einer Art koalitionärem Emanzipationsakt mit Hildegard Hamm-Brücher eine eigene Bewerberin aufbot. Allerdings zog die FDP-Parteiführung ihre Kandidatin dem Koalitionsfrieden zuliebe nach dem zweiten Wahlgang zurück, während die SPD den Fehler beging, an ihrem gegenüber Roman Herzog chancenlosen Genossen Johannes Rau festzuhalten, anstatt den Liberalen das vergiftete Angebot zu machen, im dritten Wahlgang für deren Kandidatin zu stimmen (Bergmann 2002, S. 46) – im Ergebnis hätte erstmals eine Frau das höchste Staatsamt bekleidet können. Das »Superwahljahr« 1994 hätte vermutlich eine andere Dynamik bekommen (Blind 2012, S. 136f.). So entsprach das Verhalten der FDP-Spitze dem selbsterniedrigenden Motto zur Bundestagswahl 1994 »FDP wählen, damit Helmut Kohl Kanzler bleibt«, was die Partei vier Jahre später unbedingt abzuschütteln versuchte (Der Spiegel 1998).

Bei der nächsten Bundesversammlung am 23. Mai 1999 ging der Lebensraum von Johannes Rau in Erfüllung. Die sozialdemokratische Parteispitze hielt ihre Zusage ein, ihn in neuer Mehrheitskonstellation nach der Bundestagswahl 1998 zum Bundespräsidenten zu wählen, sofern er bereit wäre – im Bundestagswahlkampf als Modernisierungszeichen dringend benötigt – für Wolfgang Clement die Düsseldorfer Staatskanzlei zu räumen. So geschah es (Bergmann 2002, S. 113). Der ganze Vorgang war zwar vor allem eine sozialdemokratische Personalrochade, aber in ihrer Wirkung zumindest anteilig eine bündnisermöglichende rot-grüne Wahlkampf-Wegmarke.

Ein unübersehbarer koalitionsanbahnender Meilenstein sollte 2004 Horst Köhler als gemeinsamer Kandidat von Union und FDP sein – gescoutet und eingefädelt von Angela Merkel, beschlossen in der Küche von Guido Westerwelle (Schirmmacher 2004; Langguth 2007, S. 207ff.). Allein die Wähler spielten bei der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 nicht mit; bis zum dann unglücklich verlaufenden schwarz-gelben Bündnis sollte es noch eine weitere Legislaturperiode dauern. Dieses vorwegnehmend, hatten die Liberalen am 23. Mai 2009 für die Wiederwahl von Köhler gestimmt. Sein Rücktritt wie die etwas holprige Wahl seines von Union und FDP nominierten Nachfolgers Christian Wulff erst im dritten Wahlgang und dessen Abgang nach nicht einmal zwei Jahren entsprachen dem raschen Verschleiß des schwarz-gelben Bündnisses – ohne dass diese Vorgänge wirklich etwas miteinander zu tun gehabt hätten.

Joachim Gaucks nach 2010 zweite, 2012 dann erfolgreiche Kandidatur wurde von einem breiten Bündnis der Parteien der Mitte getragen – genauso wie die erste Wahl von Frank-Walter Steinmeier. Letztlich waren die Resultate der 15. wie 16. Bundesversammlung dem Umstand geschuldet, dass die eigentlich mehrheitsführende Union nicht in der Lage war, einen eigenen überzeugenden Kandidaten aufzubieten – beide Male hatte Angela Merkel nach einem von der Union zu nominierenden, aber auch für andere Parteien tragbaren Bewerber Ausschau gehalten und sich jeweils mehrere Absagen eingefangen. 2017 machte dies, in persona des Außenministers Steinmeier, den Vertreter des Juniorpartners der erschöpften Großen Koalition zum Hausherrn in Schloss Bellevue. Das – oder vielmehr seine Person und politische Lagebeurteilung – lässt sich, wenn nicht als Wegweiser, so doch als eine Art Morgenröte der Fortsetzung des Bündnisses von Union und SPD interpretieren: Hätte der Bundespräsident Neuwahlen nicht abgelehnt, für die schon ein Termin im April 2018 ausgeguckt gewesen sein soll (Bannas 2019), und ohne seine Mahnung an die Genossen rund um den Kurzzeit-100-Prozent-SPD-Vorsitzenden Martin Schulz, der im Zuge seiner gescheiterten Kanzlerkandidatur eine Fortsetzung der in der SPD verhassten GroKo ausgeschlossen hatte, wäre dieses Bündnis mutmaßlich nicht noch einmal aufgelegt worden (Korte 2019, S. 148ff.).

Etwas dialektisch stellt sich das Zustandekommen der Wiederwahl Steinmeiers im Februar 2022 dar; ein offenkundig koalitionsanzeigendes Zeichen schien von der Erklärung des Bundespräsidenten, wieder antreten zu wollen, nicht auszugehen. Als das Staatsoberhaupt bereits am 28. Mai

2021 erklärte, sich wieder zur Wahl stellen zu wollen, um eine zweite Amtszeit anzustreben, lag die SPD in der Sonntagsfrage auf Platz drei bei 14 Prozent. Das waren jeweils etwa zehn Prozent hinter den in etwa gleichaufliegenden Parteien CDU/CSU und den Grünen.¹ Dass sich Amtsinhaber in einer solch mindestens unklaren Mehrheitslage für weitere fünf Jahre bewerben, ist bis dahin unüblich gewesen.

2. Herausforderung zweite Amtszeit

Ob ein Bundespräsident, dessen Amtsausübung seit Anbeginn der Berliner Republik im Ringen um mediale und öffentliche Aufmerksamkeitsressourcen sehr viel schwieriger geworden ist als zu Bonner Zeiten, gut beraten ist, eine zweite Amtszeit überhaupt anzustreben, ist fraglich. Wohl der Einzige, bei dem sie mit nachwirkenden Leistungen verbunden ist, ist Theodor Heuss. Für ihn als erstem Staatsoberhaupt war es jedoch eine Sondersituation, weil das präsidentiale Feld noch nicht bestellt war. So fielen sämtliche seiner offiziellen Auslandsreisen in die Zeit nach 1956, darunter die politisch symbolträchtigen Besuche in den USA und Großbritannien, beide 1958 (Günther 2006, S. 128ff., 147ff.). Alle Überlegungen für eine dritte Amtszeit, die Heuss selbst und andere angestellt hatten, waren letztlich verworfen worden – angedacht wurden eine Verlängerung um zwei Jahre bis hin zu einer dritten vollen Periode von fünf oder gar sieben Jahren, sofern die Wahl mit Zweidrittelmehrheit erfolgt wäre (Schwarz 1983, S. 178f.; Koerfer 1998, S. 233ff.). Bei Heuss hätte sie vermutlich das bedeutet, was für alle seine Nachfolger eine zweite Amtszeit bedeutete – nämlich, dass sie von der zuvor gehenden überstrahlt werden sollte. Bei Heinrich Lübke war dies schon aus gesundheitlichen Gründen der Fall; die vom Ministerium für Staatssicherheit der DDR initiierte Kampagne, der zweite Bundespräsident sei ein »KZ-Baumeister« gewesen, tat ein Übriges (Hildebrand 1984, S. 389).

Selbst bei Richard von Weizsäcker, der laut einer Umfrage über alle Parteigrenzen hinweg als der bisher beste Bundespräsident gilt (Statista 2022), bleibt aus der zweiten Amtszeit wenig. War es in der ersten die Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1985, die ins kollektive Gedächtnis einging – obwohl die bundespräsidiale Einordnung dieses Datums als »Befreiung« Walter Scheel

¹ Umfragen jeweils nach www.wahlrecht.de

zehn Jahre zuvor vorgenommen hatte (Bergmann 2021) –, bleibt aus der Zeit von 1989-1994 lediglich die von ihm in einem Interview-Buch geäußerte Kritik an den politischen Parteien, sie seien »machtversessen und machtvorgessen« in Erinnerung (Weizsäcker 1992). Wenngleich von Weizsäcker im Zuge der Wiedervereinigung einige Reden hielt, die das Prädikat »groß« verdient hätten, überlagerte die Dominanz der Exekutive die symbolischen Wirkmöglichkeiten des Staatsoberhauptes. Beim nächsten, der mehr als fünf Jahre wagte, Horst Köhler, verschattete der Rücktritt ein Jahr nach der Wiederwahl alles. Jedoch zeigt vor allem sein Ringen um Themen, worin die besonderen Herausforderungen eines zweiten Turns generell liegen können. Allerdings kamen bei diesem Bundespräsidenten und dessen letztem Bundespräsidialamtchef Management-Probleme hinzu (Berg 2010; Berg/Fleischhauer 2010; Sturm 2011).

Bisher scheint, dass nur jeweils eine einzige erinnerungswürdige Äußerung, Handlung oder Rede pro Amtszeit bleibt – bei abnehmender Erinnerung, sofern es denn eine zweite gab. Für die ersten beiden Amtsinhaber gilt dies nicht in diesem Maße; bei Heuss stand die gesamten zehn Jahre die Heranführung der Neu-Bundesbürger an ihren Staat im Mittelpunkt. Hinzu kam die beginnende Aussöhnung im Äußeren, die sein Nachfolger fortsetzte und um die damals sogenannte Dritte Welt erweiterte – Lübke entdeckte staatsbesuchend bis zu seinem Ausscheiden die Entwicklungsländer. Mit Gustav Heinemann verbindet sich im Inneren das »Stück Machtwechsel«, das mit einer Öffnung gegenüber bis dahin beim Bundespräsidenten weniger vertretenen Gruppen einherging. Im Äußeren war es die Fortsetzung der Aussöhnung, nicht zuletzt erkennbar in seinem allerersten Staatsbesuch, bei dem er als erster Bundespräsident in die Niederlande reiste.

Walter Scheel hingegen wird primär als rheinische Frohnatur erinnert, wobei er das Volkslied »Hoch auf dem gelben Wagen« noch als Außenminister eingesungen hatte. Seine vielen exzellenten Reden – Scheels Einordnung des 8. Mai 1945 als »Befreiung« 1975 wurde schon genannt, seine Reden im Kontext des »Deutschen Herbst« sind noch heute aktuell – fielen dem Vergessen anheim. Von Karl Carstens bleiben seine Wanderungen im Gedächtnis, von Roman Herzog die »Ruck-Rede«.

Das etwas unkonturierte Motto »Versöhnen statt spalten« von Johannes Rau blieb fast zwangsläufig ohne wirkliche Entsprechung. Die markanteste Einzelleistung ist die Rede vor der Knesset bei seinem Staatsbesuch in Israel 2000. Rau war der erste Bundespräsident, der dort sprach, und es war die

erste Rede, die vor dem israelischen Parlament auf Deutsch gehalten wurde. Horst Köhlers Zeit als Bundespräsident verbindet sich mit der Aufmerksamkeit, die er – schon in seiner Antrittsrede – auf Afrika lenkte; aus Christian Wulffs kurzer Spanne als Staatsoberhaupt ist es der »Islam, der zu Deutschland gehört«, der bleibt.

Im Hintergrund der fünf Jahre von Joachim Gauck im höchsten Staatsamt schwang stets das Mantra des freiheitsliebenden »Demokratielehrers« mit, dessen erwünschte (wie erfüllte) Aufgabe nach den Rücktritten der beiden Vorgänger war, die Deutschen mit dem Amt des Bundespräsidenten zu versöhnen. Seine Mahnung nach einem stärkeren außenpolitischen Engagement auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2014 wurde seinerzeit leichtfertig überhört, sollte aber vielen Deutschen mittlerweile sehr gegenwärtig sein. Es wäre angemessen, wenn Gaucks wiederholte warnende Hinweise auf das expansive Gebaren Russlands nach der Annexion der Krim in Zukunft die Bilanz seiner Jahre in Schloss Bellevue stärker prägen.

Die Präsidentschaft von Joachim Gauck zeigt obendrein exemplarisch, dass beim Staatsoberhaupt durchaus großzügig über Fehlstellen bei der Amtsausübung hinweggesehen wird. Denn außer einer antiquiert anmutenden »Rede zu Perspektiven der europäischen Idee« im Februar 2013 ist wenig Auffallendes zu diesem Thema überliefert, das im Zuge der Staatsschuldenkrise die ersten drei Jahre von Gaucks Präsidentschaft weite Teile der politischen Agenda beherrschte. Zudem verpufften manche Un(ge)schicklichkeit, die bei seinen beiden Vorgängern das Potenzial gehabt hätten, mindestens ein kritisches Medienecho zu zeitigen (Gammel 2012; Der Spiegel 2013). Dass sich Gauck dem Drängen der politischen Akteure auf eine zweite, möglicherweise nicht komplette Amtszeit widersetzte, war ein Akt politischer – und vermutlich auch persönliche Freiheit stiftender – Klugheit. Begründet hatte er die Entscheidung mit Verweis auf sein Alter (Gauck 2016). Gauck war seit Heinemann 1974, der trotz des Drängens aus der SPD eine Fortsetzung seiner Präsidentschaft ebenfalls aus Altersgründen ausgeschlossen hatte (Die Zeit 1973), das erste Staatsoberhaupt, das trotz realistischer Aussicht auf Wiederwahl in der Bundesversammlung verzichtete. Von ihr wäre sowieso kein koalitionspolitisches Signal ausgegangen, das über das mit der Wahl seines Nachfolgers verbundene Zeichen hätte hinausreichen können.

3. Frank-Walter Steinmeiers zweite Kandidatur

Ob sich dem generellen Aufmerksamkeitsdefizit, mit dem alle Amtsinhaber spätestens seit dem Umzug von der Bonner in die Berliner Republik zu kämpfen haben, mit einem »bisschen weniger Protokoll, ein bisschen mehr Wagnis und noch mehr Bereitschaft, in die Kontroverse zu gehen« (zit.n. Meddick 2022), wie die neue Chefin des Bundespräsidialamtes, Dörte Dinger – in der Tradition des Amtes eher ungewöhnlich – verkündete, entgegenwirken lässt, wird sich erweisen.² Neben den generell knapper werdenden präsidentiellen Beachtungsressourcen kam in seiner ersten Amtszeit erschwerend die Corona-Pandemie hinzu. Sie schränkte die dem Bundespräsidenten zu Gebote stehenden Formate – Reden, Veranstaltungen, persönliche Begegnungen – enorm ein.

Die Pandemie wurde in der Erklärung, in der Steinmeier seinen Willen bekundete, nochmals anzutreten, ausführlich behandelt. Weiterhin nahm er eine der wichtigsten dem Amt zugeschriebene Funktionen für sich in Anspruch: »[...] der Bundespräsident kann Brücken bauen: Brücken zwischen den Gruppen in der Gesellschaft, Brücken zu unseren Nachbarn und Partnern in der Welt, und Brücken in eine Zukunft, die uns noch große, gemeinsame Leistungen abverlangen wird – vor allem im Kampf gegen den Klimawandel.« (Steinmeier 2021) Methode und Thema sind aus der damaligen Perspektive somit klar benannt, wohingegen Parteipolitik, wenig überraschend, in der kurzen Ansprache nicht vorkam. Zudem wurde die Funktion der Bundesversammlung als koalitionspolitischem Anzeiger geradezu

2 Aus der Rede Steinmeiers vor der 17. Bundesversammlung lässt sich für seine Jahre bis 2027 in Schloss Bellevue der Erhalt und die Stärkung der Demokratie als das zentrale Thema herauslesen. Es zog sich letztlich durch die ganze Rede hindurch – angefangen mit der klaren Ansprache der Drohgebärden des russischen Präsidenten Putin gegenüber der Ukraine und seiner Einordnung der bundesdeutschen Außen- und Bündnispolitik. Weiterhin nannte er, seinen Gegenkandidaten Gerhard Trabert direkt ansprechend, dem Thema Obdachlosigkeit mehr Aufmerksamkeit verschaffen zu wollen. Das Thema sozial gerechte und gelingende Transformation adressierte Steinmeier über »Brücken in Richtung Zukunft, die breit und stark genug sind, dass wirklich alle darüber gehen können«. Das Gespräch dazu wolle er »mitnehmen ins ganze Land, in die Winkel unserer Gesellschaft, fernab vom Selbstgespräch der Hauptstadt, das viele nicht erreicht« (Steinmeier 2022). Ob und wie die Rolle des langjährigen Außenministers und ehemaligen Kanzleramtschefs in Bezug auf Russland und die Energieversorgung in den nächsten Jahren kritisch erörtert wird, könnte zu einer die zweite Amtszeit entscheidenden Frage werden.

verneint: »Mir ist bewusst, dass die politischen Parteien jetzt erst einmal eine andere Wahl vor Augen haben, die Bundestagswahl, und das ist gut und richtig so. Aber zugleich möchte ich, dass die Menschen wissen, wo ihr Bundespräsident steht. Deshalb habe ich mich entschlossen, mich heute klar zu bekennen. [...] Ich weiß, dass ich nicht von vornherein auf eine Mehrheit in der Bundesversammlung bauen kann.« (Steinmeier 2021)

Tatsächlich konnte der Amtsinhaber nicht auf eine erneute Mehrheit hoffen; die SPD lag in Umfragen vermeintlich heillos abgeschlagen; der Gang in die Opposition, zumal von vielen Parteilinken als heile Welt herbeigesehnt, galt als die wahrscheinlichste Option. Zudem gab es mindestens in den Reihen der Union und der Grünen – aus damaliger Sicht wesentlich naheliegendere Mehrheitsgestalter auch in der Bundesversammlung – Bewerberinnen für das höchste Staatsamt. Dennoch muss Steinmeier eine Chance erblickt haben, alldieweil er bei seiner Erfahrung nicht geglaubt haben kann, dass die Position des Staatsoberhauptes nicht Teil der parteipolitischen Verhandlungsmasse sein würde, gleich welche Koalition sich nach der Bundestagswahl bildete. Bei einer vollkommen aussichtslosen Zählkandidatur hätte das Amt oder zumindest der Kandidat Schaden nehmen können, wobei die Tür für einen Ausstieg aus einer nach der Bundestagswahl erkennbar aussichtslosen Wiederbewerbung selbst dann noch offen gestanden hätte.

Allerdings war es eben diese vermeintliche Chancenlosigkeit, die erst die Chance auf die Wiederwahl eröffnete. Zu einem Zeitpunkt, an dem die SPD realistischerweise wieder hätte bei der Vergabe mitreden können, hätte sich ein in der Vergangenheit speziell von Sozialdemokraten bemühtes Argument gegen Frank-Walter Steinmeier gewandt. Die Dynamik zugunsten einer erneuten Kandidatur von Gesine Schwan gegen Horst Köhler entstand 2008 schließlich aus der – und sei es nur aus taktischen Erwägungen vorgetragenen – Überzeugung, jetzt sei Zeit für eine Frau an der Staatsspitze (Decker 2008).

Die SPD-Spitze stand im Frühsommer 2021 im beginnenden Bundestagswahlkampf wahrlich vor anderen Herausforderungen – nicht nur mit Blick auf die Umfragen, sondern ähnlich hinsichtlich der Programmatik und der inhaltlichen Konsistenz von Partei und Kanzlerkandidat –, als sich um das primär symbolische Bundespräsidentenamt zu kümmern. Alles andere als Zustimmung zu Steinmeiers Vorhaben wäre sowieso befremdlich gewesen – während zu einem späteren Zeitpunkt, insbesondere nach der Bundestagswahl ganz andere Begehrlichkeiten, auch von Koalitionspartnern,

möglicherweise ohne sozialdemokratischen Anteil, ins Spiel hätten kommen können. Die verhaltenen Reaktionen bei den Grünen und der Union deuten darauf hin. Allerdings hätte die Konkurrenz, vor allem die Union, die erneute Kandidatur als Warnung begreifen können. Trotzdem wiegte man sich lange in der Sicherheit, solange man nur keine eigenen Fehler mache, die parteipolitische Kontinuität im Kanzleramt ein Selbstläufer sein werde – womit zudem die Hoheit über die Vergabe der Schlüssel für Schloss Bellevue einhergehen sollte.

Dass FDP-Chef Christian Lindner schon vor der Erklärung des Bundespräsidenten erklärt hatte, dessen Wiederwahl zu unterstützen (Weiland 2021), lässt sich als ein für die eigene Partei unschädliches koalitionspolitisches Blinken interpretieren. Eine Konstellation, in der die FPD einen eigenen Bewerber hätte durchsetzen können, war zu keinem Zeitpunkt erkennbar – außer, wenn die Personalie Teil der Verteilmasse von Koalitionsverhandlungen geworden wäre, was aber bedeutet hätte (sofern es überhaupt so weit gekommen wäre), dass die Liberalen dafür auf ein Ministeramt hätten verzichten müssen. So erweckte Lindner als »First Mover« immerhin den Anschein, für die Besetzung der Staatsspitze ein gewichtiges Wort mitreden zu können. Eigentlich war das Ganze eine Debatte zur Unzeit – die normalerweise in der Politik dazu führen, Kandidaten zu beschädigen. Allerdings gelten für den Bundespräsidenten eigene kommunikative Gesetze, da niemand von ihm erwartet, dass er sich irgendwelchen Personalspekulationen stellt.

Nachdem die Ampel-Koalition ihre Koalitionsverhandlungen, aus denen sich die Personalie Staatsoberhaupt ausklammern ließ – der Wahlsieger SPD konnte schließlich kein Interesse daran haben, dass der eigene Mann beschädigt wird –, abgeschlossen hatte und die Regierung vereidigt war, erneuerte Lindner kurz vor Weihnachten sein Bekenntnis zu Steinmeier. Anfang Januar zogen die Grünen nach. Damit war der Weg für die Wiederwahl am 13. Februar 2022 endgültig frei. Dem zwischenzeitlichen Problem, dass die Spitze aller Verfassungsorgane im Lande von männlichen Repräsentanten besetzt waren, wurde kurz nach Eintritt der Ampel-Parteien in Koalitionsverhandlungen abgeholfen. Die weithin unbekannte SPD-Abgeordnete Bärbel Bas stieg zur Bundestagspräsidentin auf, wodurch die Ambitionen des sozialdemokratischen Fraktionschefs Rolf Mützenich unterminiert wurden. Mit ihrer Wahl zur neuen protokollarischen Nr. 2 im Lande ging eine

Milieuerweiterung in der Gruppe der obersten Staatsrepräsentanten einher; Bas stammt aus einfachen Verhältnissen und ist Nicht-Akademikerin.

Vereinzelte Stimmen aus der Union, die sich zwischenzeitlich für eine Frau an der Staatsspitze aussprachen, konnten nicht verfangen. Vielmehr erklärte die Union einen Tag nach den Grünen, den Amtsinhaber ebenfalls zu unterstützen (Carstens 2022). Angeblich soll es vorher Gespräche der Union mit den Grünen darüber gegeben haben, ob diese mit einer eigenen, für die Union wählbaren Kandidatin in die Bundesversammlung ziehen würden. Wie weit diese Sondierungen gediehen sind, darüber gehen die Darstellungen auseinander (Lohse 2022). Allerdings verfügte ein schwarz-grünes Bundesversammlungs-Bündnis nicht über eine absolute Mehrheit der Stimmen. Die Wahl einer gemeinsamen Kandidatin wäre also alles andere als sicher gewesen, ein erhebliches Zerwürfnis innerhalb der Ampel-Koalition bereits im Versuchsfalle hingegen schon – Hildegard Hamm-Brücher lässt grüßen.

4. Fazit

Die Genese der Wiederwahl des zwölften Bundespräsidenten hatte etwas von einer dialektischen Versuchsanordnung an sich – die Erklärung Steinmeiers erfolgte zum mutmaßlich einzig möglichen Zeitpunkt, eben weil sie damals nicht aussichtsreich schien. Die SPD hätte ohne Steinmeiers Erklärung bis kurz vor der Bundestagswahl kaum einen anderen eigenen Kandidaten nominieren können, ohne diesen mangels erkennbarer Erfolgsaussichten unmittelbar zu beschädigen. So war das Momentum auf Seite des Amtsinhabers. Wie so oft in der Politik bestätigt sich der Befund, dass Resultate extrem vom richtigen Timing abhängen. Und dass kaum für möglich Gehaltenes eintreten kann: Nämlich, dass Kandidaten der SPD erfolgreich sein sollten, erst Olaf Scholz bei der Bundestagswahl, und in dessen Fahrwasser Steinmeier in der Bundesversammlung – nach der Wahl ist schließlich vor der Wahl. Ob die beiden sich abgesprochen hatten über die Möglichkeit einer zweiten Amtszeit, bleibt offen. Beide Kandidaturen folgten aber einem Narrativ der Beständigkeit, des »Weiter so«, des Stabilitätsankers; der eine war schon da, der andere glich sich seiner Vorgängerin an, bis er da war – Stichwort »Raute«.

Aus koalitionspolitischer Perspektive ergibt sich kein eindeutiger Befund: Die SPD markierte Führungsstärke, was jedoch eine eher simple Ex-

post-Analyse ist, weil die Strategie zur Bundestagswahl wie zur Bundesversammlung aufgegangen ist. Die FDP konnte für sich verbuchen, frühzeitig koalitionspolitische Offenheit demonstriert zu haben. Die Partei hätte sich allerdings nach dem Scheitern von Jamaika vier Jahre zuvor diesmal kaum einer Konstellation verweigern können. Und den Grünen blieb am Ende nur die Einsicht in das Unvermeidbare, ohne personalpolitisch in erkennbarer Weise abgefunden worden zu sein. Ohnehin hatte die Partei damit zu kämpfen, dass ihre Verhandler bei einem Jamaika-Bündnis wohl personell wie inhaltlich mehr oder wenigstens Konkreteres hätten herausholen können. Für Gelb wie Grün gab es, wenn nicht den Zwang, so doch einen unwiderstehlichen Zug in die Regierung. Damit einher ging für die Grünen als letztzustehendem Partner das späte Bekenntnis zur Wiederwahl Steinmeiers.

Die Union wiederum konnte kein Zeichen senden; wie bei den Bundespräsidentenwahlen zuvor vermochten CDU und CSU es nicht, eine Kandidatin aufzubieten, deren Ablehnung den anderen Parteien schmerzlich wäre. Ebenso wenig gelang es, die Grünen personalpolitisch zu verführen und zu einer auch von der Union wählbaren Bewerberin mit ungewissen Erfolgsaussichten zu überreden – was wirklich ein bündnispolitischer Coup gewesen wäre. Genau deshalb aber musste er scheitern. So konnte die Union ihre schon vor fünf Jahren gegebene Zustimmung zu dem sozialdemokratischen Bewerber nur erneuern. Die AfD und die Linkspartei, die wie die Freien Wähler mit eigenen Kandidaten in die Bundesversammlung zogen, spielten koalitionspolitisch von Anfang an keine Rolle.

Der Wiederwahl Steinmeiers lässt sich demnach durchaus eine strategische Seismografen-Funktion attestieren, mindestens dem Wortsinn nach: die Funktion liegt ja im Registrieren schon kleinster Erschütterungen, manchmal weit vor dem eigentlichen, sichtbar zu Tage tretenden Ereignis.

Literatur

- Bannas, Günter (2019). Steinmeier greift ein. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29. April 2019
- Baring, Arnulf (1982). Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel, Stuttgart: dva
- Berg, Stefan (2010). Aufruhr im Schloss. In: Der Spiegel 11/2010
- Berg, Stefan und Jan Fleischhauer (2010). Im Tunnel. In: Der Spiegel 23/2010

- Bergmann, Knut (2002). Der Bundestagswahlkampf 1998. Vorgeschichte, Strategien, Ergebnis, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag
- Bergmann, Knut (2021). Wir haben gelernt. Essay zur Ansprache zum 30. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. In: Bergmann, Knut (Hg.). Walter Scheel. Unerhörte Reden, Berlin: Bebra Verlag, S. 200-205
- Blind, Jochen (2012). Das Heimspiel der »Europa-Parteien«? Die Europawahlkämpfe der Union von 1979 bis 2009, Wiesbaden: Springer VS
- Carstens, Peter (2022). Einstimmig für Steinmeier. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6. Januar 2022
- Decker, Markus (2008). SPD pocht auf eine Frau. In: Kölner Stadt-Anzeiger, 13. Mai 2008
- Der Spiegel [o.V.] (1998). »Nie wieder kleinmachen«. In: Der Spiegel Nr. 3/1998
- Der Spiegel [o.V.] (2013). Die drei First Ladys. In: Der Spiegel Nr. 35/2013
- Die Zeit [o.V.] (1973). Bonn sucht Nachfolger für Heinemann. In: Die Zeit Nr. 48/1973
- Gammel, Kerstin (2012). Gauck gibt Euro-Klägern keine Chance. In: Süddeutsche Zeitung, 18. April 2012
- Gauck, Joachim (2016). Erklärung zur Amtszeit, Berlin 6. Juni 2016 <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2016/06/160606-Erklaerung-Amtszeit.html> (letzter Aufruf: 10. März 2021)
- Grotz, Florian und Wolfgang Schroeder (2021). Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung, Wiesbaden: Springer VS
- Günther, Frieder (2006). Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten, Stuttgart: Franz Steiner Verlag
- Hildebrand, Klaus (1984). Von Erhard zur Großen Koalition 1963-1969, Stuttgart: dva
- Jesse, Eckhard (2018). Warum Koalitionsregierungen den Wähler entmachten (können). In: Mannewitz, Tom (Hg.). Die Demokratie und ihre Defekte. Analysen und Reformvorschläge, Wiesbaden: Springer VS, S. 251-267
- Korte, Karl-Rudolf (2019). Gesichter der Macht. Über die Gestaltungspotenziale der Bundespräsidenten. Ein Essay, Frankfurt a.M.: Campus
- Langguth, Gerd (2007). Horst Köhler. Biographie, München: dtv
- Leugers-Scherzberg, August Hermann (2002). Die Wandlungen des Herbert Wehner. Von der Volksfront zur Großen Koalition, Berlin: Propyläen

- Lohse, Eckart (2022). Dann lieber auf Nummer sicher: Die Bundespräsidentenwahlen sind für die Union keine Erfolgsgeschichte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Januar 2022
- Medick, Veit (2022). Großer Umbruch im Schloss Bellevue. In: Spiegel online, 21. Februar 2022 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/frank-walter-steinmeiers-personalrochade-grosser-umbruch-im-schloss-bellevue-a-b5575bc7-6455-4bb6-a2c2-0832c4dd2bab> (letzter Aufruf: 10. März 2022)
- Oppelland, Torsten (2001). Parteipolitische Konstellationen bei der Wahl der Bundespräsidenten und ihr Einfluss auf die Amtsführung. In: ZPol, 2/2001, S. 551-572
- Schirmacher, Frank (2004). Westerwelle, Stoiber, Merkel am Küchentisch der Macht. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. März 2004
- Schwarz, Hans-Peter (1981). Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949-1957, Stuttgart: dva
- Schwarz, Hans-Peter (1983). Die Ära Adenauer. Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957-1963, Stuttgart: dva
- Statista Research Department (2022). Umfrage zum besten Bundespräsidenten in Deutschland nach Parteipräferenz 2022. In: statista.de, 15. Februar 2022 <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1290652/umfrage/bester-bundespraesident-nach-partiepraferenz/> (letzter Aufruf 10. März 2022)
- Steinmeier, Frank-Walter (2021). Pressestatement zu einer weiteren Amtszeit, Berlin 28. Mai 2021 <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2021/05/210528-Statement-zweite-Amtszeit.html> (letzter Aufruf 10. März 2022)
- Steinmeier, Frank-Walter (2022). Rede nach der Wiederwahl zum Bundespräsidenten durch die 17. Bundesversammlung, Berlin, 13. Februar 2022 <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2022/02/220213-Bundesversammlung.html> (letzter Aufruf 10. März 2022)
- Sturm, Daniel Friedrich (2011). Die Flucht. Oder warum Horst Köhler nicht mehr Präsident sein wollte. In: Welt am Sonntag, 22. Mai 2011
- Weiland, Severin (2021). Lindner sagt Steinmeier Unterstützung für zweite Amtszeit zu. In: Spiegel online, 19. Mai 2021 <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/christian-lindner-fdp-sagt-frank-walter-steinmeier->

unterstuetzung-fuer-zweite-amtszeit-zu-a-5a6511af-65f6-498f-bb1e-b80314a4a5ad (letzter Aufruf 10. März 2022)

Weizsäcker, Richard von (1992). Im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger, Frankfurt a.M.: Eichborn

Wrede-Bouvier, Beatrix (1990). Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung, Bonn: J.H.W. Dietz Nachf.

Zundel, Rolf (1973). Warten auf Walter Scheel. In: Die Zeit Nr. 48/1973

